

Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Schiffeldung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortverkehr Dönhof (A 7) 3600-3665, Fernverkehr Dönhof 3686-3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto; Berlin 660.

Berlin

Berlagspreis monatl. 3,90 M. (einschl. 70 Pf. Zustell- u. 1,24 M. Postgebühren), bei Postbestellung auswärts 72 Pf. Bestellsig. Anzeigen: mm-Zeile 22 Pf., Familien-Anz. mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. ^[Anzeige] _[15 Pf.] • Nr 402

MITTWOCH, 23. AUGUST 1933

ABEND-AUSGABE

Keine Lohnzuschüsse aus öffentlichen Mitteln

Ein Erlass des Präsidenten der Reichsanstalt

Rußlands Kampf ums Brot

Von unserm Berichterstatter

J. MOSKAU, ENDE AUGUST

Der Präsident der Reichsanstalt hat an die Landesarbeitsämter folgenden Erlass ergangen:

„In dem dankenswerten Bestreben, ständige Bezüge von Arbeitlosen freizuhalten, sind in großer Umfang Arbeitslose in Betrieben der Industrie, des Handwerks, der Landwirtschaft und in der Bauwirtschaft zu Tätigen eingestellt worden. Dieses, Berlin ist nach dem mit vorliegenden Berichten neuerdings mehrfach dadurch begünstigt worden, daß Arbeitlosen, die vor der Einstellung Empfänger von Arbeitslosenbeihilfe waren, die ihnen zustehende Unterstützung ganz oder teilweise durch Vermittlung der Arbeitgeber in Anrechnung auf den Lohn nach der Einstellung in die Betriebe weitergeführt wurde.

Die Arbeitsämter haben bei der Empfänger von Arbeitslosen- und Arbeitslosenbeihilfe mangels einer gesicherten Grundbesitz- oder sonstigen Unterhaltungsbedingungen nach erfolgter Einstellung der Arbeitslosen in die Betriebe mit Recht abgesetzt. In einem Schreiben des Reichsministers der Finanzen an den Reichspräsidenten des Innern wurde bereits darauf hingewiesen, daß Arbeitslosenbeihilfe nach Einstellung bei einem Arbeitgeber nicht mehr als anerkannter Arbeitslosenbeihilfe für die Gewährung von Arbeitslosenbeihilfe gezahlt werden dürfen, und hatte den Reichspräsidenten bitten, das Statutenwerk bei den Reichsarbeitsämtern im Wege der Gemeindefürsorge zu veranlassen.

Bei der Bewertung der Einstellung habe ich in den letzten Tagen nochmals die Stellungnahme der beteiligten Reichsämter herangezogen. Dabei hat sich die übereinstimmende Auffassung Bahn ergeben, daß die Weiterzahlung der Unterstützung nach erfolgter Einstellung der Arbeitslosen die Übernahme eines beträchtlichen Teiles der Löhne der privaten Wirtschaft auf öffentliche Mittel bedeute und daher aus wirtschaftlichen Gründen sehr bedenklich sei. Außerdem sei im Interesse der Arbeitsvermittlung eine gleichmäßige Behandlung aller Arbeitslosen nötig.“

*

Dieser Erlass erhebt nicht, da die Gewährung von Lohnzuschüssen immer mehr an Umfang zugenommen hatte. Verschiedene Kommunen waren in dieser Beziehung zum Teil sehr weit gegangen, und hatten damit gegenüber denjenigen Unternehmungen, die Arbeitslosen vorzuziehen, recht erhebliche Verpflichtungen übernommen. In einem Falle hatte sich eine Kommune sogar bis zum 31. Dezember d. J. verpflichtet, 50 v. H. des Lohns der Neueingestellten aus Arbeitslosenbeihilfe aus dem Unternehmen zu zahlen. Dadurch war eine nicht unbedeutliche Verzerrung auf Lohn- und sozialpolitischen Gebiet eingetreten. In gewissen Fällen würde der öffentliche Lohnzuschuß als eine Prämie für den Unternehmer, mindestens die Arbeitslosenbeihilfe verschoben. Der Erlass wird die existierenden Unfairheiten beseitigen.

Minister a. D., Dr. Hermes aus der Haft entlassen

Der frühere Reichsernährungs- und Reichsfinanzminister Dr. Andreas Hermes, gegen den am 21. März d. J. Haftbefehl wegen des Verdachts der Untreue erlassen wurde, ist heute Vormittag wieder aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen und auf freien Fuß gesetzt worden.

Wels verteidigt seine Politik

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 23. AUGUST

Auf der Konferenz der Zweiten Internationalen in Paris luden gegen die deutsche sozialdemokratische Führer Wels den Zusammenbruch der sozialdemokratischen Partei zu erklären und zu entscheiden. Er begann mit der Erklärung, daß er an der politischen Haltung der Sozialdemokratie keine Festler finden könne. „Die Sozialdemokratie hat nie die Mehrheit in Deutschland gehabt. Die Niederlage im Krieg, das Diktat von Versailles, die Ausbeutung, die Inflation, die allgemeine Verarmung, die kommunistische Spaltung, die Putschs, die Wirtschaftskrise, die sechs Millionen Arbeitslose, die Demoralisierung der Arbeitermassen und schließlich die Zwang, alle mächtigen Regierungen koalitionen mitzumachen, haben den Zusammenbruch verursacht.“ Zum Schluß erklärte Wels, daß die Sozialdemokratie heute noch weiteramte, aber wir werden selbstherrlich unsere Kampfmittel nicht verlieren.“

Der französische Sozialistenführer Léon Blum macht heute im Populäre gegenüber der Rede Wels geltend, daß die französische Sozialistische Partei alles getan habe, um die deutsche Sozialdemokratie zu unterstützen. „Wenn auch das Subjekt trotz unserer Opposition behauptet wurde, so wurde es dank unglücklicher Ereignisse wieder gegungen. Auch die Klauen des Versailles-Vertrages über die Reparationen erlitten eine Reihe von Veränderungen, bis sie endlich überhaupt verschwand, und die Rheinlandbesetzung nahm vorzeitig ein Ende. Aber wir müssen zugeben, schließlich Léon Blum, daß keine dieser Maßnahmen im richtigen Augenblick ergriffen worden ist, sondern unter Umständen, die ihre volle Wirksamkeit verhindern hätten. Wir haben das schon immer gesagt, aber unsere Warnungen sind immer nur zu spät gekommen.“

lulats in Tirol mit dem Wunsch der englischen Regierung zusammen, an Ort und Stelle einen Beobachter zu haben, der die Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland verfolgen kann.

Das irische Militärgericht

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 23. AUGUST

Auf die Nachricht von dem Verbot seiner Frauenbewegungsorganisation und der Einsetzung eines Militärgerichts für politische Vergehen hat General O'Duffy lebhaft erklärt: „Die Nationalgarde (Frauenabteilung) wartet das Urteil des Volkes ab. Mehr habe ich nicht zu sagen.“ Schon gestern Vormittag hatte der Blauhemden-General an alle Mitglieder der Organisation, die noch der Armeereitere angehören oder Militärentwöhnungen, Zurücklassungen gerichtet, in denen er sie ihrer Verpflichtungen ihm gegenüber entbindet. Er hat damit diese Mitglieder vor dem Konflikt bewahrt, in den sie sonst durch das bereits am Montag ausgefallene Regierungserkennnis der Zugehörigkeit ehemaligen Armeekampfbereiter zur Nationalgarde geraten wären. In diesem gerichtlichen Schritt O'Duffy kann man schließen, daß er es zu einer offenen Rebellion jetzt wenigstens nicht kommen lassen will.

Das heute errichtete Militärgericht ist sehr übrigens aus den gleichen Offizieren zusammen, die von der Regierung Co-Regent ernannt wurden, als diese im Jahre 1901 das von de Valera und den Republikanern bestig bestimmte „Gesetz zur Sicherung des Staates“ im Parlament durchgebracht hatte. Der Gerichtshof besteht aus zwei Richtern, einem Major und zwei Hauptleuten, die alle im Zustand gegen England im Jahr Frankreich vom Jahre 1921 gekämpft haben. Ein Einklang der gleichen Offiziere, die damals Angehörige (damals regierungsgegnend) republikanischen irischen Arme aburteilten, erhöht noch die Ironie, die darin liegt, daß de Valera das gegen ihn und seine kabalte Anhängergericht geschlossene Gesetz gegen seine eigenen Verbrechen anwendet. Gegen die Urteile des Militärgerichts das auch die Todesstrafe verhängen kann, gibt es keine Berufung.

Gandhi wieder freigeselassen

BOMBAY, 23. AUGUST

Gandhi ist heute bedingungslos in Freiheit gesetzt worden.

Nur noch durch Presse und Rundfunk

In Abänderung der bisherigen Erlasse wird vom Reichspräsidenten des Innern bestimmt, daß Mitteilungen über die Anordnung einer öffentlichen Versammlung in Zukunft nur noch durch Presse, Rundfunk und Zeitung zu machen sind.

Hungersnot

Die Getreideaufbringungsaktionen des Staates waren zu generalisamen Requisitionslagen geworden, wobei dem Bauern mit allerlei Finten möglichst viel fortgenommen wurde, so daß ihm schließlich nicht einmal mehr der notwendige Eigenbedarf blieb. Um diese Aufbringung eben zu erleichtern, um den hochwetterfeindlichen Sinn der Einzelbauern zu brechen, hat man ja die Kollektive geschaffen. Zutüßlich gelang es denn auch im letzten Winter, grade in denjenigen Gegenden, die anteilig am meisten kollektiviert waren und dies bedeutet waren die Hauptüberbühelgebiete für Getreide — die Erntelosen — zu erschaffen, daß der jährliche Bedarf zwar notdürftig und im höchsten Maße durch Hunger-Rationierung gedeckelt war, für das Dorf aber kein Brot mehr übrig blieb.

Dies ist wörtlich zu nehmen. Millionen Menschen in der Ukraine, dem Nordrusslandgebiet, der mittleren und unteren Wolga, aber auch der Zubühelgebiete von Zentralasien und Kasachstan haben in den letzten drei bis acht Monaten kein Brot mehr gegessen. Nachdem Getreide, Kleie, Weiz und alle noch irgend genießbare sonstigen Vorräte aufgebraucht waren, mußte man zu Raus, Baumrinde, geschältem Weizenstroh und, sobald das erste Grün sich zeigte, zu allerlei Unkraut Zwanzigeln, Schafgarbe, Sauerampfer, die als Brotersatz oder in form fruchtiger Guppen dem Körper zugeführt wurden, ohne ihm dienen zu können. Auch heute, wo die kommende Ernte und die Erträge von Wald und Garten bereits durch mehrere tonnenmäßige Erleichterung der Ernterücklage gebracht haben, begegnet man allenthalben, an jedem Bahnhof und in jeder Stadt tiefer genannten Hungergebeiten hunderten und tausenden todgeweihter Gestalten — unvorstellbar ausgezehrt, grün und grau in der Hautfarbe, schmugig, elend und gekrümmt, um vor Hunger geschwollenen Füßen und Händen, häufig krank und voll Wunden, für die ein Ende am Streckbanden eine Erösung bedeutet. Diese Ausgelassenen des Dorfes zählen nicht mehr, weder als Efer noch als Arbeiter.

Die politischen Abteilungen

Seit Januar stehen landwirtschaftliche Fragen wieder auf dem ersten Platz der Tagesordnung bei allen politischen Faktoren. Es vergeht kaum ein Tag ohne den Erlass zentraler Gesetze und Verordnungen für die Regelung einzelner agrarischer Vorgänge. Der Staat hält an der Auffassung fest, daß das ganze ungeheure Kulturland des Sowjetbundes ein einziges Gutsgelände darstellt, das zentral normalisiert werden muß. Die im Januar eingeführte Neuerung bestand in der Schöpfung eines Reiches von „politischen Abteilungen“, die als Außenposten der Partei im Dorf und bei den Bernaltungen der Staatsgüter und der Maschinen-Faktoren die

Englisches Konsulat in Innsbruck

INNSBRUCK, 23. AUGUST

Die englische Regierung hat beschlossen, in Innsbruck ein eigenes Konsulat zu errichten und mit seiner Leitung den bisherigen Botschaften in Antwerpen, S. L. Genöve, zu betrauen. Wie verlautet, hängt die Errichtung des britischen Kon-

AMTLICHE KURSE DER BERLINER BORSE VOM 23. AUGUST 1933

Fortlaufende Notierungen

Table with columns for instrument names (e.g., Reichsbank, Reichsbank Pfandbriefe) and their corresponding exchange rates.

Reichsschuld.-Forderungen

Table listing various government securities and their market values.

Festverzinsliche Werte

Table detailing fixed-income securities such as bonds and certificates.

Deutsche Staatsanleihen

Table listing German government bonds and their current prices.

Defizit-Pfdr.

Table showing deficit certificates and their market status.

Steuergutsch.

Table listing tax certificates and their values.

Ablös.-Scheine

Table detailing redemption certificates and their exchange rates.

Anleihe der Kommunalver.

Table listing municipal bonds and their market prices.

Kreis- und Stadtanleihen

Table listing regional and city bonds and their values.

BERLINER DEVISEN-KURSE

Table showing exchange rates for various international currencies and regions.

AKTIEN

Table listing the prices of various stocks and shares.

Industrie

Table detailing industrial stocks and their market values.

Ausländische Anleihen

Table listing foreign bonds and their exchange rates.

Industrie-Obligationen

Table detailing industrial bonds and their values.

Landwirtschaftliche Pfandbriefe

Table listing agricultural mortgage certificates and their rates.

Staatspfand.

Table listing state mortgage certificates and their market prices.

Hypothek.-Bank-Pfandbr.

Table listing mortgage and bank certificate interest rates.

Vertical text on the far right edge of the page, likely a page number or reference.